



Moderne Dienststelle: In der neuen Stadtpolizei Zell am See in Salzburg arbeiten fünf Polizisten.

Partnerschaftliche Kooperation

In Zell am See in Salzburg gibt es seit 1. September 2018 eine eigene Stadtpolizei. Der Aufbau der Gemeindegewachswache erfolgte in Kooperation mit der Bundespolizei.

Drei Jubiläen feierte die Salzburger Tourismusgemeinde Zell am See in diesem Jahr: Vor 90 Jahren erfolgte die Erhebung zur Stadt, vor 140 Jahren wurde die „Bürgermusik“ gegründet und vor 150 Jahren die Freiwillige Feuerwehr. Der 1. September 2018 ist ein weiteres markantes Datum in der Stadtgeschichte: An diesem Tag trat der erste Gemeindepolizist der neuen Sicherheitswache seinen Dienst an. Am 1. Dezember 2018 kommen vier weitere Stadtpolizisten hinzu, die bis dahin ihre Grundausbildung abgeschlossen haben werden.

„Dass Zell am See nun eine eigene Stadtpolizei hat, ist ein bedeutender Schritt, um das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung weiter zu heben, Präsenz zu zeigen und wichtige Aufgaben erfüllen zu können“, sagt Bürgermeister Peter Padourek. Seit 2014 wurde in der 9.900-Einwohner-Gemeinde die Einführung eines kommunalen Wachkörpers erwogen, nach Exkursionen zu den

Stadtpolizeien in Kitzbühel und Hallein fällt die Gemeindevertretung am 14. Dezember 2015 einen Grundsatzbeschluss, eine Stadtpolizei einzuführen. Dabei ging es nicht um Konkurrenz zur Bundespolizei, mit der der Bürgermeister „die ausgezeichnete Zusammenarbeit“ schätzt und die in Zell am See eine Polizeiinspektion und das Bezirkspolizeikommando für den Pinzgau unterhält. „In vielen Vollzugsbereichen der Gemeinde kann die Bundespolizei gar nicht einschreiten und wir hatten bisher ein gewisses Vakuum bei der Aufgabenerfüllung“, sagt Padourek.

Wirkungsbereich. Im Gegensatz zu anderen österreichischen Gemeinden, die in den vergangenen Jahren ihre Gemeindegewachswachen verkleinert oder geschlossen haben, beschreitet Zell am See mit der Eröffnung einer Stadtpolizei den umgekehrten Weg. Es gab bis 1973 eine Gemeindegewache, allerdings ohne Dienstwaffen und mit einge-

schränkten Kompetenzen. „Die Einrichtung der Stadtpolizei in Zell am See ist ein starkes Signal, dass Gemeindegewachswachen in Österreich nach wie vor eine wichtige Rolle spielen“, sagt Mario Leiter, Vorsitzender der Bundessektion der Gemeindegewachswachen und stellvertretender Stadtpolizeichef im vorarlbergischen Bludenz. „In letzter Zeit lässt sich wieder ein größeres Interesse in den Kommunen erkennen, eine Stadt- oder Gemeindepolizei aufbauen und damit das örtliche Sicherheitswesen zu stärken. Zell am See ist dafür das beste Beispiel.“

Das österreichische Bundes-Verfassungsgesetz gestattet den Gemeinden die Aufstellung von Gemeindegewachskörpern; Wachkörper sind „bewaffnete oder uniformierte oder sonst nach militärischem Muster eingerichtete Formationen“, denen „Aufgaben polizeilichen Charakters übertragen sind“. Alle 2.098 österreichischen Kommunen sind in einem eigenen und in einem vom Staat



Uniform: Stadtwappen von Zell am See.

„übertragenen“ Wirkungsbereich tätig. Sie verwalten sich dadurch einerseits selbst, vollziehen aber auch Angelegenheiten für den Bund oder das jeweilige Bundesland. Im „eigenen Wirkungsbereich“ kann eine Gemeinde zur Abwehr von Missständen, die das örtliche Gemeinschaftsleben stören, ortspolizeiliche Verordnungen erlassen. Sie ist für die die Wahrung der örtlichen Sicherheitspolizei, der Veranstaltungspolizei, der örtlichen Straßenpolizei, der örtlichen Marktpolizei, der örtlichen Gesundheitspolizei und der Sittlichkeitspolizei verantwortlich, benötigt allerdings neben entsprechenden Rechtsgrundlagen auch Beamte, die die Vorschriften durchsetzen.

„Das Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen ist ein solches Beispiel“, erklärt Anton Unterluggauer, Leiter des Bereiches „Allgemeinen Verwaltung“ in Zell am See, zu dem auch die Stadtpolizei ressortiert. „Die Gemeinde hat ein solches Verbot im eigenen Wirkungsbereich erlassen, darf es aber nur durch ihre eigenen Bediensteten vollziehen. Die Bundespolizei kann gar nicht zuständig gemacht werden.“

Organe der Gemeindefürsorge dürfen einschreiten, wenn ihre Dienststelle nach dem Verwaltungsstrafgesetz dazu ermächtigt worden ist. Auch die Überwachung von Veranstaltungen nach dem Veranstaltungsgesetz oder die Kontrolle der Hundeleinpflicht gehören zu den typischen Aufgaben einer Gemeinde, die man „nur mit eigener Exekutive“ kontrollieren kann.



Zell am See: Enge Kooperation zwischen Stadtpolizei und Bundespolizei.

Im übertragenen Wirkungsbereich können beispielsweise Ermächtigungen nach dem Verwaltungsstrafgesetz, der Straßenverkehrsverordnung, dem Fremdenpolizeigesetz, dem Waffengebrauchsgesetz oder dem Sicherheitspolizeigesetz erteilt werden. „Uns war es daher wichtig, sehr früh alle erforderlichen Ermächtigungen in die Wege zu leiten. Wir wollten mit der Stadtpolizei so umfassend wie möglich tätig werden“, erläutert Unterluggauer.

Umsetzung. Im Februar 2016 trafen einander Vertreter der Stadtgemeinde, der Bezirkshauptmannschaft Zell am See, des Bezirkspolizeikommandos und der Landespolizeidirektion Salzburg, um weitere Schritte zur Einrichtung der Gemeindefürsorge zu beraten; am 9. Mai 2016 erfolgte der Beschluss der Gemeindevertretung, den Wachkörper einzuführen. „Der Prozess war von Anfang an professionell aufgestellt und die Gemeinde hat laufend Kontakt mit allen verantwortlichen Stellen gesucht“, sagt Oberstleutnant Kurt Möschl, Bezirkspolizeikommandant von Zell am See.

Dem Thema der Ermächtigungen sei in den Beratungen große Bedeutung zugekommen, hier sei auch die wesentliche Rolle von Dr. Franz Ruf, dem Salzburger Landespolizeidirektor, hervorzuheben. „Er hat die Umsetzung sehr unterstützt und mich darum ersucht, den Prozess eng zu begleiten.“ Um möglichst ebenbürtig auftreten zu können, wurde auch die Zustimmung zu einer Ermächtigung der Beamten nach dem Sicherheitspolizeigesetz erwirkt. „Wir

wollten für die Stadtpolizisten dieselben Kompetenzen wie bei der Bundespolizei. In der Bevölkerung werden alle Polizisten als gleich wahrgenommen und nichts wäre schlechter, als sich Untätigkeit vorwerfen lassen zu müssen und nicht Hand in Hand mit der Bundespolizei zusammenarbeiten zu können“, betont Bürgermeister Padourek.

Mit Ausnahme kriminalpolizeilicher Agenden können die Stadtpolizisten von Zell am See in allen klassischen Polizeibereichen tätig werden. Dazu gehört die Vollziehung des Anti-Gesichtsverhüllungsgesetzes, das seit 1. Oktober 2017 in Kraft ist. Bei einem Verstoß droht eine Strafverfügung von bis zu 150 Euro.

Die Region Zell am See-Kaprun ist bei Touristen aus dem arabischen Raum besonders beliebt; rund 350.000 pro Jahr zieht es in das Gebiet rund um den Zeller See. Gesichtsverschleierungen von Frauen sind daher dort häufiger anzutreffen als in anderen Teilen Österreichs. „Zumeist reicht es aus, über das Verbot zu informieren“, berichtet Bezirkspolizeikommandant Kurt Möschl. Im Sommer wurden dennoch etwa 200 Organmandate in Höhe von je 30 Euro verhängt. Stadtpolizisten von Zell am See waren bei den Amtshandlungen bereits im Rahmen ihrer Berufspraxis dabei. „Wenn unsere Polizeikräfte ernst genommen werden sollen, müssen sie auch hier einschreiten können“, sagt Peter Padourek. „Für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist es wichtig zu wissen, dass ein Verstoß sanktioniert wird. Sonst wird man unglaubwürdig.“



Obstl. Kurt Möschl, Bürgermeister Peter Padourek, Anton Unterluggauer, PI-Kommandant Bernhard Kamerer.

Finanzierung. Zukünftig soll das auch in anderen Bereichen gelingen, die bis dato von Organen der Gemeinde kaum vollzogen werden konnten – etwa Schwerpunktkontrollen beim fließenden und ruhenden Verkehr auf örtlichen Straßen, die Kontrolle der Camping-Ordnung oder die Überprüfung illegaler Zweitwohnsitze. Dafür hatte die Stadtgemeinde in der Vergangenheit Detekteien engagiert. „Diese Kosten fallen jetzt weg, ebenso wie Ausgaben für private Wachdienste, die wir zum Teil zur Verkehrssicherung angestellt haben“, schildert Unterluggauer.

Die Stadt rechnet vorerst mit Gesamtkosten von 350.000 bis 400.000 Euro pro Jahr – dem stehen Einsparungen bei anderen Aufwendungen, aber auch Einnahmen durch zusätzliche Parkgebühren und Straf gelder gegenüber. Nach zehn Jahren sollen sich die Kosten auf 100.000 bis 150.000 Euro pro Jahr einpendeln. Eine Planstelle wird vom Tourismusverband finanziert.

Zwischen 2,7 und 3 Millionen Besucher zählt die Region Zell am See-Karun pro Jahr, bis zu 12 Millionen



Polizisten in der Tourismusgemeinde Zell am See: Viele Kontakte mit den Bewohnern und Gästen.

Übernachtungen werden registriert. 86.000 Einwohner wohnen im Bezirk, in der Hauptsaison halten sich dort bis zu 200.000 Leute auf.

Die Einrichtung eines reinen Ordnungsamts kam für die Gemeindeverantwortlichen in Zell am See nicht in Frage, denn einerseits hätten dort wiederum die notwendigen Exekutivkompetenzen gefehlt, andererseits sollten die Bediensteten „exzellent geschult und handlungssicher sein“. Die zweijährige Ausbildung der fünf Stadtpolizisten erfolgte gegen Kostenersatz durch die Gemeinde in der Sicherheitsakademie des Bundesministeriums für Inneres. Anton Scheibner begann seine Grundausbildung am 1. September 2016, die vier anderen Aspiranten, Gerald Ebner, Marco Mayer, Thomas Ausserhofer und Gerald Gruber, am 1. Dezember 2016.

Bei der Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten konnte die Stadtgemeinde Zell am See mit Unterstützung des Bundesministeriums für Inneres auf einen Pool von Personen zurückgreifen, die zwar die theoretische Aufnahmeprüfung bei der Polizei hinter

sich gebracht, aber nicht die erforderliche Punkteanzahl für eine sofortige Aufnahme erreicht hatten. Für Oberstleutnant Möschl ist es wesentlich, dass sich Stadtpolizei und Bundespolizei „auf Augenhöhe“ begegnen und die „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ der Gründungsphase so erfolgreich fortgesetzt wird. „Die Stadtpolizisten haben die gleiche Ausbildung durchlaufen wie die Bundespolizei. Da kann es nur ein Miteinander geben, keine Über- oder Unterordnung.“

„Bei vielen Beschwerden, die die Gemeinde betreffen und für die wir nicht zuständig sind, haben wir nicht einschreiten können. Jetzt kontaktieren wir die Stadtpolizei und die kann sich um die Angelegenheit kümmern“, sagt Chefinspektor Bernhard Kamerer, Kommandant der Polizeiinspektion Zell am See.

Die Dienststelle der Gemeindefürsicherheitswache erfüllt alle Sicherheitskriterien, wie sie auch für Polizeiinspektionen gelten. Die Eingangstür ist mit schusssicherem Glas geschützt. Der Streifenwagen hat Allrad-Antrieb. Auf den Autotüren und auf der Uniform ist das Stadtwappen angebracht.

Die Dienststelle wurde am 24. Oktober 2018 offiziell eingeweiht. „Derzeit verfeinern wir die internen Verwaltungsabläufe“, sagt Anton Unterluggauer. „Das Feedback der Bevölkerung ist erfreulich, das Bestehen der Stadtpolizei kommt offensichtlich sehr gut an“, betont Stadtpolizist Anton Scheibner.

Mit der Bundespolizei wird eine Vereinbarung über die Aufgabenverteilung und -abgrenzung erarbeitet. Anzeigen an die Bezirkshauptmannschaft Zell am See werden via Internet erfolgen, der BOS-Digitalfunk des BMI soll mitbenutzt werden.

Gregor Wenda

GEMEINDESICHERHEITSWACHEN

37 lokale Polizeiwachen

Gemeindefürsicherheitswachen gibt es in 37 Städten und Gemeinden in sechs Bundesländern. Die örtliche Zuständigkeit ist grundsätzlich auf die Grenzen der Gemeinde beschränkt.

Folgende Städte und Gemeinden haben eine eigene Sicherheitswache: *Niederösterreich:* Amstetten, Baden, Neunkirchen; *Oberösterreich:* Bad

Ischl, Braunau, Gmunden, Ried im Innkreis, Schärding, Traun, Vöcklabruck; *Salzburg:* Hallein, Zell am See; *Steiermark:* Fürstenfeld, Kapfenberg, Weiz; *Tirol:* Hall, Imst, Kitzbühel, Kufstein, Landeck, Mayrhofen, St. Anton am Arlberg, Schwaz, Sölden, Wattens, Wörgl; *Vorarlberg:* Bludenz, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Götzis, Hohenems, Lech am Arlberg, Lustenau, Mittelberg, Rankweil, Schruns.

In einigen Kommunen gibt es Bedienstete, die sich als „Ortspolizei“ oder „Gemeindepolizei“ bezeichnen, aber keine polizeilichen Kompetenzen besitzen, sondern nur Ordnungs- und Bürgerdienstfunktionen wahrnehmen. Keine kommunalen Polizisten sind die Straßenaufsichtsorgane, die sich in vielen Gemeinden vor allem um die Überwachung des ruhenden Verkehrs kümmern.